

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 666 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB zur Lage der Frauen in
der DDR: Unabhängigkeit
und Selbstbestimmung erkämpfen.

Seite 1

Adolf Salzer zum Versuch
der CDU, eine Rundfunk-
journalistin mundtot zu ma-
chen: Ulrike Holler im Vi-
sier.

Seite 4

Dokumentation:

Die europäische Gruppe der
Internationalen Journalis-
ten-Föderation (IJF) hat
sich besorgt über die Me-
dienkonzentration in beiden
deutschen Staaten geäußert.
Die Erklärung im Wortlaut
Seite 6

45. Jahrgang / 72

12. April 1990

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung erkämpfen

Zur Lage der Frauen in der DDR

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

In letzter Zeit häufen sich die Stimmen, die befürchten, daß die Frauen in der DDR die größte Gruppe der Vereinigungsoffer sein werden. Alleinerziehende Mütter und Rentnerinnen werden am schwersten von den zu erwartenden Veränderungen betroffen sein. Trotzdem bleiben sie im Land. Drei Viertel aller Übersiedler sind Männer.

Zur Ausgangssituation

Eine für Frauenprobleme sensibilisierte Öffentlichkeit wie in der Bundesrepublik - als Ergebnis eines langen, gesellschaftlichen Diskussionsprozesses - gibt es in der DDR bisher nicht. Bei einer Erwerbstätigkeitsquote von 93 Prozent der Frauen galt die Gleichberechtigung als „verwirklicht“ - bis im Herbst vergangenen Jahres auch die Frauen aufbrachen, Initiativen gründeten und endlich zur Sprache brachten, wie unter dem Mantel „realsozialistischer“ Frauen- und Familienpolitik konkrete Benachteiligung zementiert wurde.

Ausgehend von einem dauerhaften, historisch-demographisch bedingten Arbeitskräftemangel war die Frauen- und Familienpolitik der DDR immer bestimmt vom „Kampf (der Männer) um die volle Arbeitskraft der Frau“. In diesem Klima konnte sich emanzipatorisches Bewußtsein wie in der Bundesrepublik nicht herstellen.

Die gesetzgeberischen Bemühungen um die bestmögliche Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft bestärkten die Männer eher darin, sich der Familienarbeit zu entziehen und ließ die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen unangefochten. Frauen verrichten in der DDR noch immer 80 Prozent der Hausarbeit, im Durchschnitt 37 Stunden pro Woche.

Die Doppelbelastung tritt gegenüber der Bundesrepublik verschärft auf, da Mängel im Versorgungssystem zunehmend durch weibliche Mehrarbeit kompensiert werden müssen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet
100% recyceltes
Papier



Der Diskriminierungskreislauf, der die klassische Rollenverteilung verfestigt, ist ungebrochen: die einseitige Belastung durch Haus- und Erziehungsarbeit hemmt die Entfaltungsmöglichkeiten der Frau im Beruf, die Schlechterstellung dort verweist sie wieder auf die Familie. Von den 93 Prozent berufstätiger Frauen in der DDR arbeiten 75 Prozent in frauentypischen Berufen in Verwaltung und Leichtindustrie. Zwar ist ihr Ausbildungsniveau dem der Männer inzwischen weitgehend angeglichen (87 Prozent der Frauen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung), doch erhalten sie im Durchschnitt 25 Prozent weniger Lohn als diese.

Wie in der Bundesrepublik auch sind Frauen in der DDR von gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen weitgehend ausgeschlossen: Auf der höchsten Leistungsebene der Industrie (in der die weiblichen Beschäftigten einen Anteil von 42 Prozent ausmachen) finden sich 2,3 Prozent Frauen. In den Spitzenpositionen der Politik waren (und sind) sie so gut wie gar nicht vertreten.

Die Grundstruktur der Benachteiligung ist mit der Situation in der Bundesrepublik durchaus vergleichbar.

Gleichstellungspolitik bestand in der DDR weitgehend in der Schaffung bestmöglicher Voraussetzungen, Erwerbstätigkeit und Mutterschaft zu verbinden. Eine Diskussion über die Rolle der Väter dabei hat bisher nicht stattgefunden. Sicher hängt es damit zusammen, daß viele der heillos überlasteten, aber ökonomisch unabhängigen Frauen nicht mehr mit ihren Männern leben können und/oder wollen.

Bei einer Scheidungsrate von 39 Prozent werden sieben von zehn Scheidungen von Frauen eingereicht. Ein Viertel aller Familien in der DDR wird von Alleinerziehenden getragen.

Möglich wird dies nur durch das flächendeckende, kostenlose Netz ganztägiger Kinderbetreuungseinrichtungen.

So veränderungswürdig deren pädagogische Konzeption, so traurig die Realität der „Kinderaufbewahrung“ auch sein mag - im Vergleich mit der Bundesrepublik, wo wir das Recht auf Kindergarten-erziehung erst noch erstreiten müssen, zeigt sich gerade in diesem Punkt, daß es auch sozialpolitische „Errungenschaften“ gibt, die es zu erhalten und zu erweitern gilt.

Seit 1976 gibt es in der DDR das bezahlte Babyjahr. Ab dem zweiten Kind können sich Frauen ein Jahr lang von der Arbeit freistellen lassen und erhalten solange Zahlungen in Höhe des Krankengeldes. Nach der ersten Geburt ist die einjährige Freistellung unbezahlt. 90 Prozent der Frauen machen von dieser Regelung Gebrauch (theoretisch gilt sie auch für Männer...). Auch die - bei Paaren unbezahlte - Freistellung bei Krankheit der Kinder (vier bis 13 Tage im Jahr, nach Anzahl der Kinder) wird zu 90 Prozent von den Frauen in Anspruch genommen. Bei Alleinerziehenden wird diese Freistellung bezahlt. Sie können auch das Baby„jahr“ auf drei Jahre ausdehnen, wenn sie für ihr Kind nachweislich keinen geeigneten Krippenplatz finden. Bisher waren ihre Arbeitsplätze in solchen Fällen garantiert.

All diese Bestimmungen waren ein Teil des sozialpolitischen „Geschenkpakets“, mit dem die alte DDR-Führung 1972 und 1976 versuchte, die zunehmende Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen und ein weiteres Absinken der Geburtenrate zu verhindern.

Unterfüttert mit staatlichen Geldzuwendungen an junge Ehepaare mit Kindern, zeigten diese Maßnahmen auch Wirkung: 1980 war die Geburtenrate wieder auf dem Stand von 1968.

Anders als in der Bundesrepublik, wo im Lauf vieler Jahre einige arbeitsrechtliche Bestimmungen mühsam gegen Unternehmerinteressen erkämpft wurden, erhielten die Frauen in der DDR seit Anfang der 70er Jahre diese sozialpolitischen Regelungen „von oben“, die sie ihre Probleme häufig als Privatsache begreifen ließen.

Zur aktuellen Entwicklung

Nach dem Wahlsieg der CDU haben sich die Perspektiven für die Forderungen der neuen Frauenbewegung in der DDR verdüstert.

Im aktuellen Koalitionsgerangel sind Fraueninteressen noch weiter in den Hintergrund getreten, als sie es in der Vereinigungsdebatte ohnehin schon sind.

Dabei hat sich seit dem Herbst frauenpolitisch einiges getan. Der Unabhängige Frauenverband (ein Dachverband verschiedener Fraueninitiativen) hatte am Runden Tisch die Forderung nach einem Ministerium für Gleichstellung durchgesetzt, das nach der Wahl eine fünfzigprozentige Quote in allen gesellschaftlichen Bereichen anstreben sollte.

Weiterhin hatte sich der Runde Tisch für einen Volkskammerausschuß für Gleichstellungsfragen, sowie für Frauenbeauftragte auf regionaler und kommunaler Ebene ausgesprochen. Nach seinem Willen sollte die in der DDR seit 1972 gültige Dreimonatsfristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch beibehalten, die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt werden.

Dagegen forderte die Ost-CDU bereits vor der Wahl den „Schutz des ungeborenen Lebens“ und sprach sich gegen ein Ministerium für Gleichstellung aus.

Die Lage der Frauen in der DDR wird sich - allen anders lautenden Beschwichtigungen zum Trotz - im Zuge der Verwirklichung der „Marktwirtschaft“ verschlechtern. Von den Umstrukturierungsmaßnahmen in Wirtschaft und Verwaltung werden in erster Linie Frauenarbeitsplätze betroffen sein. Kinderhort- und Krippenkapazitäten sollen nach dem Willen von Allianz-Politikern abgebaut werden.

Inwieweit es der Ost-CDU gelingen wird, sich über die erhobenen Forderungen hinwegzusetzen, wird entscheidend vom Druck der SPD der DDR abhängen.

Grundsätzlich müssen jedoch nach diesem Wahlergebnis die Befürchtungen wachsen, daß die Hauptleidtragenden einer schnellen Vereinigung die Frauen in der DDR - und hier insbesondere die vielen alleinerziehenden Mütter - sein werden.

Wir Frauen und Männer in der Bundesrepublik dürfen uns dabei nicht auf solidarische Grüße und Kassendarufe beschränken.

Es gilt nicht nur zu verhindern, daß die Frauen in der DDR hinter den erreichten Grad von Emanzipation zurückfallen. Wenn die Vereinigung kein Anschluß, sondern ein wechselseitiger Prozeß sein soll, dann muß die ökonomische Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper auch bei uns Wirklichkeit werden!

(-/12.4.1990/vo-he/rs)

* * *

Ulrike Holler im Visier

Zum Versuch der CDU, eine Rundfunkjournalistin mundtot zu machen

Von Adolf Salzer
Sprecher der SPD Hessen-Süd

Geschossen wird gegen eine kritische Reporterin, getroffen werden soll auch der Hessische Rundfunk (HR) - wieder einmal. Im Visier hat die Hessen-CDU diesmal die Hörfunkjournalistin Ulrike Holler.

Eine „Hauff-Schoeler-Mafia“ sieht CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung am Werk. Er vermutet, daß diese „scheibchenweise Halbwahrheiten in die Öffentlichkeit setzt und daß ein Zusammenwirken in der Art und Weise erfolgt, daß pikanterweise die Frau von Schoeler, nämlich Frau Holler, Dinge berichtet, die ihr offensichtlich nur über Informationen zugegangen sind“.

Logisch, daß Pressemeldungen Informationen voraussetzen. Jung freilich will suggerieren, daß die HR-Berichterstattung über Walter Wallmanns staatlich finanzierte Gartenpflege und über den Rotlicht-Skandal nur möglich gewesen sei, weil die Reporterin mit Frankfurts Rechtsdezernent Andreas von Schoeler verheiratet und natürlich auch mit OB Hauff bekannt ist. Wieder einmal eine gezielte Kampagne des Frankfurter „Rotfunks“ also?

Der „Evangelische Pressedienst“ berichtet, daß Ulrike Holler in Urlaub war, als der HR die für den Bordellkönig Beker so einträglichen Beziehungen zum ehemaligen Frankfurter CDU-Magistrat unter die Lupe nahm. Und Wallmanns Gartenpflege-Affäre wurde vom „Spiegel“ aufgedeckt. CDU-Pressesprecher Dirk Metz allerdings ficht dies nicht an. Da er nicht belegen kann, daß der Sender auf fragwürdige Weise an seine Informationen gekommen sei, meint er nun eben, Frau Holler habe mit „ihrer Art der Modernisierung“ den Affären „Zunder gegeben“. Und sie dürfe zukünftig „nicht über Dinge berichten, in die ihr Mann verwickelt ist“.

Schoeler ist in nichts verwickelt. Ulrike Holler, mit ihm seit 13 Jahren verheiratet und auch schon vorher als gut informierte und kritische Journalistin weithin geschätzt, wertet die CDU-Angriffe als „klassische Männerphantasien, wie sich ein Weib zu verhalten hat“: „Sie ist verheiratet, also willfährig, sie bekommt auf dem Kopfkissen die Einflüsterungen und macht nur, was ihr Mann ihr vorschreibt“.

Nach Veröffentlichungen in „FAZ“ und „Frankfurter Neue Presse“, in denen die christdemokratische Attacke aufgegriffen und dem HR unterstellt wurde, Wallmann „kräftig am Zeug flicken“ zu wollen, erhielt Frau Holler zahlreiche, zum großen Teil anonyme Briefe. In ihnen wurde bedauert, daß „der Hörer Sie widerliche Person weiter ertragen muß. Ein Unbekannter schloß mit: „Holler raus!!! Sozis raus!!!“

Die Personalvertretungen im HR solidarisierten sich mit Frau Holler. Die IG Medien kritisierte den Versuch, „eine hochgeachtete, engagierte Hörfunk-Journalistin von politisch interessierten Kreisen an den Pranger zu stellen“. Nach Ansicht der IG Medien handelt es sich um „eine Kampagne, die nicht nur die Kollegin Holler, sondern den HR insgesamt treffen soll“. Der HR-Gesamtpersonalrat vermutet, daß mit den Attacken auf die unbequeme Journalistin „von dem eigentlichen Skandal und seinen Urhebern abgelenkt“ werden soll. Auch der Hessische Rundfunk verwahrte sich gegen die „Unterstellung“ aus den Reihen der CDU.

Die hessischen Christdemokraten probieren es wieder mit Druck auf einzelne Journalisten, nachdem ihr Versuch, der Wende in Wiesbaden die Wende im Funkhaus an der Frankfurter Bertramstraße folgen zu lassen, gescheitert ist. „Der Hessische Rundfunk wird sicher nicht zum Claqueur irgendeiner Landesregierung werden“, hat der Wallmann-Regierung ausgerechnet der Mann ins Stammbuch geschrieben, den sie selbst auf den Stuhl des HR-Intendanten gehievt hatte: Hartwig Kelm.

Die CDU und die ihr nahe Presse, voran „FAZ“ und „Frankfurter Neue Presse“, haben Übung, was die Diskreditierung von HR-Journalisten betrifft. Mal monierte die „FAZ“ bei Wilhelm von Sternburg „ungeeignete Stimme, zischendes Gebiß“, mal empfand Heiner Gaißler den (inzwischen zum Saar-Intendanten avancierten) Manfred Buchwald als „unsäglichen Chefredakteur“. Und die CDU-Zentrale in Wiesbaden sammelt systematisch Belege für angebliche Fehlleitungen der Bertramstraße - dem CDU-nahen Mediendienst „rundy“ zufolge füllen Leitz-Ordner mit Beschwerden „mittlerweile Regalwände“. Ein CDU-Landtagsabgeordneter sprach es aus: „Da wollen wir doch mal sehen, ob der Hessische Rundfunk nicht auf der Strecke bleibt.“

Schon für den Friedberger Bezirksparteitag im Juni 1989 hatte Gert Lütgert, der medienpolitische Sprecher der SPD Hessen-Süd, beantragt: „Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd verurteilt die Absichten von CDU und FDP, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schwächen und die Beschäftigten der Funkhäuser einzuschüchtern“. Ein knappes Jahr später kann nun diese Formulierung erneut beschlossen werden. Der Schutz des freien Wortes und die Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleiben auf der Tagesordnung. (-/12.4.1990/vo-he/st)

* * *

DOKUMENTATION

=====

Internationale Journalisten- Föderation besorgt über Pressekonzentration

Die europäische Gruppe der Internationalen Journalisten- Föderation (IJF) hat sich besorgt über die Medienkonzentration in beiden deutschen Staaten geäußert. Die Erklärung im Wortlaut.

Die europäische Gruppe der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF), die mehr als 110.000 Journalisten in ganz Europa vertritt, beobachtet mit großer Sorge, wie einige wenige bundesdeutsche Verlage die Medienlandschaft in Deutschland beherrschen.

Unabhängiger Journalismus und Pressefreiheit, die in der DDR gerade erst geboren wurden, sind dadurch in Gefahr.

Die Medien in der DDR, die immer noch unter zahlreichen bürokratischen Hindernissen leiden, werden durch die Invasion der Zeitungen und Zeitschriften aus der Bundesrepublik an einem freien und fairen Wettbewerb gehindert.

Es ist zu befürchten, daß die Medienlandschaft in der DDR von neuen Monopolen überrollt wird, und daß die Bevölkerung in der DDR einer echten Vielfalt beraubt wird.

Die IJF ist auch in großer Sorge darüber, daß diese Entwicklung den Verlust vieler Arbeitsplätze für Journalisten und andere Beschäftigte in den Medien zur Folge haben wird.

Die IJF verurteilt alle Formen der Pressekonzentration - seien sie staatlich oder privat - und glaubt, daß diese negative Folgen für die beruflichen und sozialen Interessen von Journalisten und für die Entwicklung der Demokratie hat, die durch Pressefreiheit garantiert wird. (-/12.4.1990/vo-he/st)

* * *